

# Wachstumsbremse Bürokratie lösen

Belastung + Lösungsansätze

## Handlungsfeld Bürokratieabbau

Die Bürokratielast ist in Unternehmen aller Branchen und Größen in den vergangenen Jahren gestiegen, die Überregulierung hat deutlich zugenommen. Die Rückmeldungen aus niederbayerischen Betrieben geben ein höchst bedenkliches Zeugnis der gegenwärtigen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln ab. Obwohl die Bundesregierung bereits drei Bürokratieentlastungsgesetze auf den Weg gebracht hat, kommen immer noch mehr neue Vorschriften hinzu, als alte wegfallen. Bürokratie wird von den Unternehmen eindeutig als Wettbewerbsverzerrung und negativer Faktor für die Wirtschaftskraft gesehen. Der Ruf eines Unternehmers aus Niederbayern hinsichtlich der statistischen Meldepflichten mit den Worten „Hilfe wir können nicht mehr!“ ist ein eindringlicher Aufruf zur Entflechtung von bürokratischen Vorgaben.

*„Hilfe wir können nicht mehr!“*

## IHK-Forderungen an die Politik

**Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen.**

- » » „One in, one out“ konsequent anwenden
- » » E-Government gemeinsam voranbringen
- » » Fachgesetze besser aufeinander abstimmen
- » » Planung entschlacken und digitalisieren
- » » Praxistauglichkeit von Gesetzen und Verordnungen im Vorfeld prüfen, Mittelstand und kleine Unternehmen stärker beachten
- » » „One-Only-Prinzip“ als oberste Prämisse für (digitale) Meldepflichten und Verwaltungskontakte auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene
- » » Mehr Mut zu weniger Regulierung; pandemiebedingte Erleichterung nicht zurücknehmen


Konkrete Lösungsansätze zu stark belastenden gesetzlichen Pflichten sind auf der letzten Seite zusammengestellt.

# Bürokratiebelastung in niederbayerischen Betrieben

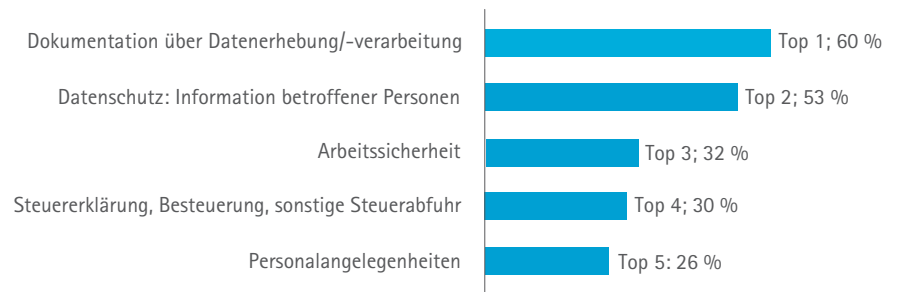
Über alle Branchen hinweg berichten rund **90 Prozent** der niederbayerischen Unternehmen, dass die Bürokratiebelastung in den vergangenen fünf Jahren **gestiegen** ist.

## Top 5 subjektive Belastungen

Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen sehen die **Dokumentation über Datenerhebung/-verarbeitung** und die **Information betroffener Personen** als besonders belastend an. Etwa ein Drittel zählt Pflichten im Bereich **Arbeitssicherheit** und **Steuererklärung, Besteuerung und sonstige Steuerabfuhr** sowie **Personalangelegenheiten** zu den größten subjektiven Belastungen.

**Zur Info** 

Die **subjektive Belastung** entspricht dem wahrgenommenen Aufwand für die Erfüllung von gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben im Unternehmen. Sie ist umso höher, je mehr eine Vorgabe als Erschwernis im Tagesgeschäft angesehen wird.




Mehrfachantworten (n=120)

Ausschlaggebend für die Bewertung sind der **unverhältnismäßig hohe Aufwand**, das **hohe Risiko bei Nicht-Erfüllung** sowie die **Unsicherheit in der Interpretation der Vorgaben**. Gerade Pflichten, bei denen es um die eigenen Mitarbeitenden geht (Arbeitssicherheit, Personalangelegenheiten), werden als belastend gesehen, weil Unternehmen befürchten, die bürokratischen Erfordernisse nicht vollumfänglich oder fehlerhaft umzusetzen.

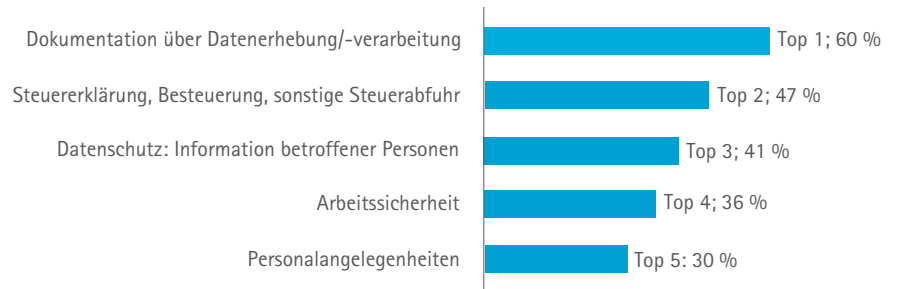
## Top 5 monetäre Belastungen

60 Prozent der niederbayerischen Betriebe geben die **Dokumentation über Datenerhebung/ -verarbeitung** als monetäre Belastung an. Beträchtliche Bürokratiepflichten im Zusammenhang mit **Steuererklärung, Besteuerung und sonstige Steuerabfuhr** und **Datenschutz (Information betroffener Personen)** nennen 47 bzw. 41 Prozent. Es folgen Pflichten aus dem Bereich **Arbeitssicherheit** (36 Prozent) sowie **Personalangelegenheiten** (30 Prozent).

Bei diesen Bürokratiepflichten betragen die jährlichen Kosten für die Erfüllung bei 75 Prozent der befragten Unternehmen bis zu 75.000 Euro.

**Zur Info** 

Die **monetäre Belastung** umfasst alle einmaligen und laufenden Personal- und Sachkosten, die für die Erfüllung der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben im Unternehmen anfallen und lässt sich in Geldeinheiten beziffern.



Mehrfachantworten (n=120)

## Stimmen aus der Wirtschaft

„Die Bürokratie ist ein Mühlstein. Es bewegt sich nichts. Es wird nicht weniger. Es wird nicht besser. Es kommt eher immer wieder etwas Neues hinzu.“

„Der **Datenschutz** beschäftigt uns seit zwei Jahren und verursacht sehr hohen Zeit- und Kostenaufwand – eine unserer Mitarbeiterinnen ist ein Viertel ihrer Arbeitszeit ausschließlich mit Datenschutz beschäftigt.“

„In der Schweiz vereinbare ich eine **Steuerpauschale** für Reisekosten. In Deutschland müssen die Mitarbeiter das Parkticket von 1,50 Euro aufheben, aufkleben und dem Chef zur Vorlage geben. Dann geht es in die Buchhaltung, wird in das Datensystem gebucht und geht dann an das Finanzamt. Der Beleg von 1,50 Euro wurde dann fünf Mal in die Hand genommen. Das Schweizer Modell wäre für uns ein Traum. Bei der Steuererklärung gehört der Betrag X pauschal abgesetzt!“

„Zur **Geldwäscheprävention** muss mittlerweile bei einem Sparvertrag über Kleinstbeträge eine genaue Identitätsprüfung, Prüfung steuerlicher Ansässigkeit etc. erfolgen. Die Daten dürfen dann aber nicht länger als 90 Tage gespeichert werden. Bei großen Summen machen diese Dokumentationen auch Sinn, aber nicht bei jeder Kleinigkeit. Dadurch steigt natürlich auch insgesamt der Papieraufwand.“

„Wir scannen alles ein, aber viele Dokumente müssen dennoch in **Papierform** archiviert werden. Es ist dann zwar alles digital, aber der Aufwand bleibt der gleiche.“

„Ab einer Höhe der obersten Kante des Lagerguts von 7,5 Metern braucht man eine Sprinkleranlage, (...) sogar in einem

Kühl- oder Tiefkühlhaus. Ich habe noch nie ein Tiefkühlhaus brennen sehen und vor allem würde das sehr fein zerstreute Wasser innerhalb von zwei oder drei Sekunden gefrieren. Mit dem Geld, das so eine Sprinkleranlage kostet, könnte man eine zweite Halle bauen. **Brandschutz** ist richtig teuer.“

„Ich sehe Bürokratie mittlerweile als **Wettbewerbsvorteil**. Der, der in der Lage ist Bürokratie zu managen, hat Wettbewerbsvorteile gegenüber dem, der nicht in der Lage ist.“

„Selbstverständlich hat jede Vorschrift seinen Hintergrund aber man hat häufig das Gefühl, dass diese überwiegend auf Großkonzerne angepasst sind. Die Pflichten sollten vermehrt an die jeweilige Unternehmensgröße und Branche angepasst werden. Die **DSGVO** bezieht sich auch überwiegend auf große Unternehmen, stellt aber für kleinere einen enorm großen Aufwand in der Einhaltung dar und fordert ein breites juristisches Wissen.“

„Zu Beginn des Jahres sind viele **Statistiken** an Behörden zu liefern. Wir haben uns mittlerweile auf das Nötigste beschränkt und sind dazu übergegangen, nur noch das zu liefern, was gesetzlich verpflichtend ist, da es ausufernde Mengen annimmt.“

„Letztendlich verfügt das Finanzamt ohnehin über alle Informationen. Es sollten sich alle anderen Behörden an diesen Informationen bedienen können. Es sind ja nicht mal die **Behörden** untereinander **digitalisiert**. Bevor Vorgaben in der freien Wirtschaft getätigt werden, sollten erstmal die Abläufe in den Ämtern funktionieren. Das beginnt bei der kleinen Gemeinde und geht bis zur Bundesregierung.“

# Mögliche Lösungsansätze

Geprägt durch die Wahrnehmung der bürokratischen Pflichten und Belastungen der Unternehmen sollten die politischen Mandatsträger diese Lösungsansätze anstreben:

	Unternehmenswahrnehmung	Mögliche staatliche Lösungen
<b>Datenschutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Rechtssetzung basierend auf Extremfällen</li> <li>▪ Erhöhte(r) Aufwand/Investitionskosten</li> <li>▪ Komplizierte Vorgaben verursachen hohe Beratungskosten</li> <li>▪ Widersprüchliche Vorgaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mehr Verhältnismäßigkeit/Zweckorientierung</li> <li>▪ E-Government-Lösungen: Digitale Bereitstellung von Vorlagen zur Erfüllung der Datenschutzaufgaben</li> <li>▪ Vereinfachung/Anpassung von Vorgaben</li> </ul>
<b>Steuern</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unternehmen müssen sich eigenverantwortlich über Gesetzesänderungen informieren</li> <li>▪ Hohe Abhängigkeit von Beratern aufgrund komplizierter Vorgaben</li> <li>▪ Hohe steuerliche Belastung</li> <li>▪ Hoher Dokumentationsaufwand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Informations- und Beratungsangebot</li> <li>▪ Steuerentlastung</li> <li>▪ E-Government-Lösungen/Digitalisierung von Unterlagen; alternativ: Absetzbarkeit von Pauschalbeträge</li> </ul>
<b>Arbeits-sicherheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Hoher Personalaufwand durch Schulungen und Erstunterweisungen</li> <li>▪ Ständig wechselnde Vorgaben</li> <li>▪ Teilweise verfehlen Vorschriften den eigentlichen Zweck</li> <li>▪ Wenig Vertrauen in Expertise der Mitarbeitenden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beständigkeit der Vorgaben sicherstellen und Unternehmen über wichtige Änderungen informieren</li> <li>▪ Mehr Zweckorientierung/Verhältnismäßigkeit</li> <li>▪ Mehr Vertrauen in die Expertise von Mitarbeitenden</li> </ul>
<b>Personal-angelegenheiten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unklare Vorgaben</li> <li>▪ Hohe Haftungsfolgen für Arbeitgeber bei fehlerhafter Umsetzung der Gesetze</li> <li>▪ Unflexibler Einsatz von geringfügig/kurzfristig Beschäftigten</li> <li>▪ Steigende Papierkosten zur Erfüllung von Datenschutzaufgaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beratungs- und Informationsangebote; evtl. Prozessbegleitung</li> <li>▪ Flexiblen Einsatz geringfügig Beschäftigter ermöglichen</li> <li>▪ Digitale Bereitstellung von Vorlagen zur Erfüllung von Datenschutzaufgaben</li> </ul>
<b>Brand-schutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verlust des gesamten Bestandsschutzes trotz begrenzter Einzelmaßnahmen</li> <li>▪ Aktuelle Auflagen unverhältnismäßig und teils nicht nachvollziehbar</li> <li>▪ Hoher Investitions- und Beratungsaufwand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sicherung des Bestandsschutzes; alternativ: längere Umsetzungsfristen, um Planungssicherheit zu ermöglichen</li> <li>▪ Mehr Zweckorientierung und Verhältnismäßigkeit</li> <li>▪ Bereitstellung von Vor-Ort-Beratung und Prozessbegleitung</li> </ul>

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter [www.ihk-niederbayern.de/buerokratie](http://www.ihk-niederbayern.de/buerokratie)

## Impressum

### Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer für Niederbayern in Passau

Nibelungenstraße 15 | 94032 Passau

☎ 0851 507-0 | 🌐 [ihk-niederbayern.de](http://ihk-niederbayern.de)

Gestaltung: IHK Niederbayern | Stand: April 2022